

An den Presse-Verteiler

Fraktionsvorsitzender:
Christoph BratmannÖffentlichkeitsarbeit:
Robin Koppelmann

Fon: 0531 – 470 21 11

Fax: 0531 – 470 29 74

Mail: spd.fraktion@braunschweig.de

PRESSEMITTEILUNG (9/2020)

Erscheinungsdatum: 10. März 2020

SPD-Ratsanfrage nach Aufruf vom Bundesverkehrsministerium: Wo werden bis zum Jahr 2030 neue E-Ladestationen in Braunschweig entstehen?

In den Aufbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität soll bundesweit mehr Zug kommen: „Das Bundesverkehrsministerium hat die Kommunen im Februar aufgefordert, der zuständigen Leitstelle möglichst viele Flächen im Stadtgebiet zu benennen, die zukünftig für den Aufbau von E-Ladeinfrastruktur in Frage kommen“, erklärt Detlef Kühn, baupolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion Braunschweig. Dieser möchte zur Ratssitzung am Dienstag, 24. März nun wissen, welche Orte für neue, öffentlich zugängliche Ladestationen in Braunschweig nach Ansicht der Verwaltung bis zum Jahr 2030 in Frage kommen könnten.

Wie Kühn berichtet, plant das Bundesverkehrsministerium die Erstellung eines Atlases, in dem mögliche Flächen ausgewiesen werden sollen. „Dieser soll Investoren einen leichteren Zugang zu den nötigen Informationen ermöglichen. Das ist insofern nötig, als dass wir Wirtschaft, Handel und Tankstellenbetreiber verstärkt in die Pflicht nehmen müssen, sich auch am Aufbau der E-Ladeinfrastruktur zu beteiligen.“ Dies sei bisher in der Mehrzahl durch die Kommunen selbst oder durch kommunale Unternehmen erfolgt.

Das Ministerium plane daher entsprechende Förderprogramme und die Anstellung sogenannter Elektromobilitätsmanager: „Natürlich gibt es gerade bei öffentlichen Flächen oder Innenstadtlagen starke Nutzungskonkurrenzen. Um zu verhindern, dass hieraus weitere Verzögerungen entstehen, sollte das Verfahren möglichst gut organisiert sein“, erläutert Kühn. Mit der Anfrage soll bereits ein erster Ausblick gewagt werden, welche Flächen für den weiteren Aufbau der E-Ladeinfrastruktur in Braunschweig in Frage kommen könnten und wo die Verwaltung erhöhte Bedarfe bis zum Jahr 2030 sieht.